



Der „Corona-Einsatz“ dient auch der Imagepflege. Quelle: Bundeswehr/Jonas Weber

Die Bundeswehr im Corona-Einsatz Inlandseinsatz historischer Dimension zum 65. Geburtstag

von Martin Kirsch

Der größte Einsatz der Bundeswehr findet aktuell nicht in Afghanistan oder in Mali, mit jeweils über 1.000 Soldat*innen, sondern in Deutschland statt. In gewohnt reißerischem Tonfall berichtete die Bildzeitung bereits von der „Corona-Front“ der Bundeswehr und die FAZ vom „Kampfeinsatz gegen das Virus“.

Seit April 2020 unterhalten die Streitkräfte ein eigenes Einsatzkontingent „Hilfeleistung Corona“, das im November 2020 von 15.000 auf 20.000 Soldat*innen aufgestockt wurde.¹ Hinzu kommen weitere Sanitätskräfte der Bundeswehr sowie Reservist*innen aller Truppenteile.

Aus dem Gesamtkontingent von 20.000 sind aktuell über 9.000 Soldat*innen für konkrete Aufgaben eingeplant. Zu den gut 6.000 mit Soldat*innen, die zeitgleich aktiv sind kommen über 3.000 weitere, die als Ablösung im Schichtdienst, v.a. in den Gesundheitsämtern, aber auch in bundeswehrinternen Führungsstäben, eingesetzt werden. Arbeitsschwerpunkt der Bundeswehr seit Herbst ist der Einsatz in den zivilen Gesundheitsämtern, in denen aktuell rund 7.000 Soldat*innen mit Kontaktnachverfolgung, Telefondienst, Verwaltungstätigkeiten und weiteren Aufgaben betraut sind.

Die restlichen gut 2.000 Soldat*innen leisten ihren Dienst u.a. in Teststationen, in 30 zivilen Krankenhäusern, vereinzelt in Altenheimen und weiterhin in der Lagerung und Logistik zur Verteilung von Masken, Schutzkleidung, Desinfektionsmitteln und weiteren medizinischen Produkten.

Zwei aktuelle Einsatzbeispiele sind die Massentestung in Schulen und Kindertagesstätten im thüringischen Hotspot Hildburghausen und der Aufbau eines Corona-Behandlungszentrums mit rund 560 Betten auf dem Berliner Messegelände durch Soldat*innen, Sanitätskräfte und Reservist*innen der Bundeswehr.

Zudem ist eine weitere Steigerung der Einsatzzahlen zu Beginn des neuen Jahres, wenn die Bundeswehr sich auch im Rahmen der Impfstrategie mit Soldat*innen beteiligen wird, bereits absehbar.

Inlandseinsatz von historischer Dimension

Obwohl ein Ende der Corona-Pandemie noch nicht in Sicht ist, handelt es sich im 65. Jahr nach Gründung der Bundeswehr

bereits um einen Inlandseinsatz von historischer Dimension.

Eine größere Anzahl an militärischem Personal wurde bisher nur bei den sogenannten Jahrhundertfluten 2002 (45.000 Soldat*innen) und 2013 (über 20.000 Soldat*innen) mobilisiert. Diese Fluteinsätze blieben allerdings, im Gegensatz zum aktuellen Corona-Einsatz, auf ein zeitlich und räumlich klar umrissenes Ereignis beschränkt. Der bisher längste Inlandseinsatz der Bundeswehr im Rahmen des langen Sommers der Migration dauerte ein gutes Jahr vom Sommer 2015 bis Sommer 2016. Diesen Zeitrahmen wird der aktuelle Corona-Einsatz absehbar überschreiten. Zudem werden aktuell, nach 2015 erst zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundeswehr, zeitgleich Soldat*innen in allen 16 Bundesländern eingesetzt.

Alle bisher bekannten Dimensionen sprengt der aktuelle Corona-Einsatz allerdings im Bezug auf die Gesamtzahl der bereits von Kommunen, Ländern und Bundesministerien gestellten Anträge auf Amtshilfe. Waren es 2015 noch 866 Amtshilfeanträge,² ist für 2020 davon auszugehen, dass sich diese Zahl verdreifachen wird. So wurden laut dem für Inlandseinsätze zuständigen General Schelleis bis zum 3. Dezember 2020 insgesamt 2.254 Anträge auf Amtshilfe bei der Bundeswehr gestellt, von denen 2.152 einen direkten Corona-Bezug aufweisen.³ Zudem geht Schelleis für den Rest des Jahres davon aus, dass täglich Anträge im zweistelligen Bereich hinzukommen. Damit ist bis Jahresende mit deutlich über 2.500 Amtshilfeersuchen zu rechnen. Vergleicht man diese Zahl mit den 249 Anträgen im Laufe des eher durchschnittlichen Jahres 2019 handelt es sich um eine Verzehnfachung.

Rechtliche Grauzone – Soldat*innen in Gesundheitsämtern

Im April 2020 wurden erstmals Soldat*innen in überarbeitete Gesundheitsämter in Brandenburg entsendet.⁴ Die Bundeswehr nicht nur punktuell, sondern als flächendeckende Aushilfe in die Gesundheitsämter zu schicken, wurde von Kanzlerin Merkel sowohl bei ihrem Gipfeltreffen mit den Oberbürgermeister*innen der elf größten Städte am 9. Oktober als auch bei der Zusammenkunft der Ministerpräsident*innen der Länder am 14. Oktober zu einem zentralen Baustein der Eindämmungsstrategie erklärt. Gesagt, getan. Mittlerweile sind rund 7.000 Soldat*innen, z.T. im Schichtsystem, in fast 300 der insgesamt 375 Gesundheitsämtern eingesetzt. Viele von ihnen beteiligen sich direkt an der Kontaktnachverfolgung. Dieser Einsatz ist allerdings problematischer, als es die breite Debatte und der Aufschrei um die Verweigerung des Berliner Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, Soldat*innen für eben diese Tätigkeiten anzufordern, vermuten lässt.

Die 375 Gesundheitsämter in Deutschland sind die unterste ausführende Ebene der staatlichen Gesundheitsverwaltung und damit auch für die Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes vor Ort zuständig. Auf der Grundlage dieses Gesetzes können repräsentative Eingriffe in die Grundrechte von Bürger*innen angeordnet werden. Ein Amtsarzt kann bei hoch ansteckenden Krankheiten z.B. infizierte Menschen und deren direkte Kontaktpersonen in verpflichtende Quarantäne schicken. Dabei handelt es sich um hoheitliche, quasi gesundheitspolizeiliche, Maßnahmen. Im Rahmen von Hilfeinsätzen der Bundeswehr im Inland ist die Übernahme eben dieser hoheitlichen Aufgaben – mit Ausnahme von wenigen Sonderfällen – allerdings verboten.

Mit Verweis auf dieses Verbot hatte die Bundeswehr bereits Anfragen aus Baden-Württemberg und Thüringen zurückgewiesen, Soldat*innen zur Unterstützung der Polizei oder als Sicherheitskräfte in Geflüchtetenunterkünften abzustellen.⁵ Daher wurde zu Beginn der Bundeswehreinsätze in Gesundheitsäm-

tern im Frühjahr stark darauf geachtet, eine klare Trennung – Soldat*innen verfolgen Kontakte und befugte Mitarbeiter*innen des Gesundheitsamtes ordnen Quarantäne an – einzuhalten oder diese zumindest nach außen so zu kommunizieren.

Mittlerweile wurde diese rechtlich bindende, im Arbeitsablauf aber lästige, Trennung mit Hilfe einer „pragmatischen Lösung“ quasi ausgehebelt. Der für die praktische Organisation von Inlandseinsätzen zuständige General des Kommandos Territoriale Aufgaben, Carsten Breuer, verkündete dazu im November 2020: „Ein wesentlicher Schritt war es, mit Mitteilung bzw. Verweis auf Einzel- und Allgemeinverfügungen im Auftrag des Gesundheitsamtes bei der Anordnung von Quarantänen unterstützen zu können. Immer unter Aufsicht des Gesundheitsamtes.“⁶ Die Soldat*innen an den Telefonen im Gesundheitsamt teilen den infizierten Bürger*innen oder deren Kontaktpersonen also nicht mit, dass sie in Quarantäne gehen müssen, was sie nicht dürften, sondern weisen sie, nach Mitteilung ihres Testergebnisses oder Kontaktstatus, lediglich darauf hin, wie die Regelungen zur Quarantäne in ihrer Region aktuell lauten. Ein geschickter Winkelzug in einem juristischen Graubereich, der es Soldat*innen ermöglicht, Aufgaben zu übernehmen, für die sie eigentlich nie vorgesehen war. Zudem bleibt fraglich, warum Panzersoldat*innen und Automechaniker*innen in Uniform, ohne jegliche fachliche Qualifikation, für Einsätze in Gesundheitsämtern, Teststationen, oder Pflegeheimen überhaupt als geeignet angesehen werden.

Das Vorgehen, bei Einsätzen der Bundeswehr im Inland im rechtlichen Graubereich zu agieren und die Einsatzspielräume damit faktisch auszuweiten, ist allerdings keine Neuheit. Ähnliche Verhaltensweisen sind sowohl in der politischen Debatte, in Planspielen und Übungen, als auch bei konkreten Inlandseinsätzen der Bundeswehr in den letzten 15 Jahren bereits gängige Praxis.

Attraktivität der Helfer*innen in Flecktarn

Trotz aller politischen und praktischen Bedenken flächendeckend Soldat*innen zur Eindämmung der Corona-Pandemie heranzuziehen gibt es mehrere Gründe, warum dieses Vorgehen für Politiker*innen und Verwaltung opportun zu sein scheint.

Die in der Pandemiebekämpfung aufgrund des föderalen Systems oft nicht zuständige Bundespolitik kann Soldat*innen als „ihren Beitrag“ unkompliziert als Hilfe für Länder und Kommunen anbieten. Im Gegensatz zur Entsendung von Verwaltungsangestellten, Lehrkräften, Polizei-, Finanzbeamten*innen der Länder können Soldat*innen unkompliziert und schnell, per Befehl, einsatzverpflichtet werden. Zudem reißt die Abwesenheit dieser Soldat*innen von ihrem eigentlichen Job nicht unmittelbar Löcher in die Umsetzung anderer staatlicher Aufgaben. Für die Länder ist der Einsatz von Soldat*innen zudem attraktiv, weil sie, im Gegensatz zu eigenem Personal oder Angehörigen des Katastrophenschutzes, bisher keine Lohnkosten zahlen müssen. Die kommen, bis sich das Verteidigungsministerium entscheidet Rechnungen zu stellen, wovon aktuell nicht auszugehen ist, aus dem Bundeshaushalt für Verteidigung. Zudem können Bürgermeister*innen, Landrt*innen und Ministerpräsident*innen mit dem Einsatz von Uniformierten suggerieren, dass die Situation einerseits ernst ist, sie aber mit der Aktivierung der Bundeswehr alles in ihrer Macht stehende tun, um Abhilfe zu schaffen.

Sobald die Pandemie abflaut und die Soldat*innen abziehen, kann dann wieder zum Normalbetrieb übergegangen werden. An grundlegenden Problemen, z.B. einer langfristigen Ausfinanzierung des Gesundheitssystems oder des Katastrophenschutzes,

kann dann wieder gespart werden. Sollte die Bundeswehr nicht in einen Krieg mit Russland ziehen, stehen ja auch in der nächsten Krisensituation wieder Soldat*innen zur Hilfe bereit.

Dieses Grundmuster wird auch in diesem Jahr, in dem fast alles von der Corona-Pandemie überschattet zu sein scheint, in anderen Bereichen sichtbar. Im Sommer 2020 waren, wie bereits in den letzten Jahren, erneut Soldat*innen damit beschäftigt, Wälder nach Bäumen mit Borkenkäferbefall zu durchkämmen und befallene Bäume nach der Fällung zu schälen. Entsprechende Anträge kamen aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen.⁷ Aktuell sind fast 200 Soldat*innen in Brandenburg und Sachsen damit beschäftigt Regionen, in denen die Afrikanische Schweinepest aufgetreten ist, nach Wildschweinkadavern zu durchsuchen und Wildzäune zu errichten. Dabei kommen v.a. Reservist*innen aus neun der bundesweit 30 Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanien zum Einsatz.⁸ Sollte sich die Schweinepest weiter ausbreiten, wird auch hier mit weiteren Amtshilfeanträgen gerechnet.

Attraktiv ist der Hilfeinsatz allerdings auch für die Bundeswehr. Neben dem häufig zitierten patriotischen Geschwafel, nach dem sich die Soldat*innen als praktische Hilfe in die Eindämmung eines „nationalen Dramas“ einbringen wollen, spielt die Imagepflege eine zentrale Rolle. In einem Gefälligkeitsinterview mit Phoenix betont der Nationale Territoriale Befehlshaber der Bundeswehr, General Schelleis, dass sich die Soldat*innen über die ausgesprochene „Dankbarkeit“, „Anerkennung“ und „positive Wertschätzung“ freuen, die ansonsten häufig vermisst werden würde.⁹ Von der Ebene der/des individuellen Soldat*in abstrahiert geht es also maßgeblich auch um Akzeptanzbeschaffung für den Soldat*innenberuf und die Bundeswehr als Institution. In eben diesem Interview betont Schelleis allerdings auch, dass die Auslandseinsätze und damit das unmittelbare militärische Handwerk weiterhin die höchste Priorität für die Bundeswehr hätten.

Auch Bundeswehr von Corona betroffen

Die zweite Welle an Corona-Infektionen in Deutschland macht sich auch innerhalb der Bundeswehr bemerkbar. Bis Ende November 2020 wurden Corona-Infektionen bei insgesamt knapp 2.000 Soldat*innen gemeldet. Über 500 galten als akut infiziert, während gut 1.400 als genesen aufgeführt wurden.¹⁰ Bereits im Frühjahr wurden ganze Dienststellen in Deutschland vorübergehend geschlossen, weil es dort zu Infektionsfällen gekommen war.

In der zweiten Oktoberhälfte wurde, aufgrund von Infektionsfällen, der Flugbetrieb des Taktischen Luftwaffengeschwaders 74 in Neuburg an der Donau für eine Woche eingestellt.¹¹ Dort sind Kampffjets vom Typ Eurofighter stationiert, die neben weiteren Aufgaben auch für die Aufrechterhaltung der Sicherheit des Luftraums in Süddeutschland alarmiert werden können. Ende November konnte ein großes Versorgungsschiff der Marine, der Einsatzgruppenversorger Berlin, nicht wie geplant für eine Übung auslaufen, weil Crewmitglieder sich infiziert hatten und weitere dadurch in Quarantäne gehen mussten.¹² Auch das Einsatzkontingent „Hilfeleistung Corona“ selbst hat es nach Fällen im Frühjahr in der zweiten Novemberhälfte erneut selbst getroffen. Aufgrund von Infektionsfällen unter den Soldat*innen, die im Gesundheitsamt in Berlin Mitte eingesetzt waren, musste das gesamte Team der Bundeswehr dort ausgetauscht werden.¹³

Seit dem Frühjahr kommt es zudem immer wieder zu Infektionsfällen unter den Soldat*innen in den Auslandseinsätzen. Sowohl aus Litauen, Mali und Afghanistan wurden über das Jahr

bereits infizierte Soldat*innen und Verdachtsfälle ausgeflogen. Im November waren Teile des deutschen KFOR-Kontingents im Kosovo nicht mehr arbeitsfähig, weil 11 der insgesamt 70 dort stationierten Bundeswehrangehörigen positiv auf den Corona-Virus getestet worden waren.¹⁴ Laut einer Meldung des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr ruht seit dem 6. Dezember zudem der gesamte deutsche Anteil der EU-Ausbildungsmission in Mali (EUTM), weil nach Infektionsfällen in der Truppe für rund ein Drittel der Soldat*innen des deutschen Kontingents Quarantäne angeordnet wurde.¹⁵ Berichte über weitere positive Testergebnisse in Auslandsmissionen kommen zudem aus Afghanistan.

„Bundeswehr ist Teil der Impfstrategie“

Während diverse zivile Behörden, auch bedingt durch Unterfinanzierung und Personalmangel, bereits seit dem Frühjahr an der Kapazitätsgrenze Arbeiten,¹⁶ nehmen sich die Führungskräfte der Bundeswehr die Zeit, um strategisch vor auszuplanen. Bereits am 14. Oktober 2020 twitterte der oberste Soldat der Bundeswehr, Generalinspekteur Eberhart Zorn, über Diskussionen, „wie u.a. die #Bundeswehr unterstützen kann, wenn es einen Impfstoff gegen #COVID19 gibt“.¹⁷

Bereits einen Tag nach der Ankündigung am 9. November, dass die Zulassung eines ersten Corona-Impfstoffs kurz bevorstehen würde, bat Bundesgesundheitsminister Spahn die Bundeswehr, die zentrale Lagerung der Impfstoffdosen auf geschützten Kasernengeländen zu übernehmen.¹⁸ Eine knappe Woche später, am 15. November gab Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer in der ARD bekannt, dass die Bundeswehr eigene Impfzentren aufbauen werde.¹⁹

Anfang Dezember berichtete die Bundeswehr stolz in einem Artikel auf ihrer Website unter der Überschrift, „COVID-19: Bundeswehr ist Teil der Impfstrategie“, dass am 26. November erstmals ein Vertreter des Verteidigungsministeriums und zwei hohe Offiziere der Bundeswehr an der regelmäßigen Telefonkonferenz des Bundesgesundheitsministeriums mit dem Robert-Koch-Institut und den Gesundheitsministerien der Länder teilgenommen hätten. Zentraler Inhalt der Konferenz seien die Planungen für die bevorstehende Massenimpfung gewesen.

Mittlerweile ist bekannt, dass die Bundeswehr 26 eigene Impfzentren aufbaut, die neben der Impfung von Soldat*innen und zivilen Mitarbeiter*innen der Bundeswehr auch zur Unterstützung der Bundesländer zur Verfügung stehen sollen. Hinzu kommen 26 mobile Impfteams der Bundeswehr, die besonders für Impfungen der Bevölkerung in dünn besiedelten, ländlichen Regionen genutzt werden könnten. Zudem plant die Bundeswehr weitere Soldat*innen zur Unterstützung in weiteren, von den Bundesländern betriebenen Impfzentren entsenden zu können. Neben diesen vorausgreifenden Vorbereitungen ist seit dem 9. Dezember 2020 bekannt, dass das Bundesgesundheitsministerium bereits einen formalen Antrag gestellt hat, Kasernengelände der Bundeswehr als zentrale Lager- und Verteilzentren für die Auslieferung der Impfstoffvorräte nutzen zu können.²⁰

Um diese kommenden Aufgaben erfüllen zu können, rechnet die Bundeswehr bereits damit, 3.000 bis 7.000 zusätzliche Soldat*innen im Rahmen der Impfkampagne einzusetzen.²¹ Zusätzlich zur bereits erfolgten Aufstockung des Einsatzkontingentes auf 20.000 im November wird daher bereits über eine weitere Aufstockung im Januar 2021 diskutiert. Dann könnten auch Soldat*innen hinzugezogen werden, die bis Jahresende für die Eingreiftruppen der NATO (NATO Response Force) in Bereitschaft stehen.

Wie bereits zu Beginn der Aktivitäten der Bundeswehr in den Gesundheitsämtern wird laut dem Bericht des Fachjournalisten Thomas Wiegold auch für die Planungen der Streitkräfte im Rahmen der Impfstrategie versucht selbst den Eindruck zu vermeiden, es könne sich um eine militärische Operation handeln, in der Soldat*innen hoheitliche Aufgaben übernehmen würden.²²

So sei aktuell geplant, dass sowohl die Sicherung der Transporte von Impfstoffen als auch die Zugangskontrollen zu den Impfbüros von Polizeikräften und privaten Sicherheitsdiensten und damit nicht von bewaffneten Soldat*innen übernommen werden sollen. Außerdem werde aktuell ausgeschlossen, dass die Datenverarbeitung in den Impfbüros auf IT-Systemen der Bundeswehr stattfinden würde.

Ob diese Ankündigungen auch der Realität standhalten oder wie bereits in den Gesundheitsämtern beim Auftauchen praktischer Probleme mit Hilfe von Tricksereien bestehende Grauzonen ausgenutzt werden, gilt es in den kommenden Monaten kritisch zu beobachten.

Anmerkungen

- 1 Bundesregierung: Bundeswehr erhöht Hilfskontingent, [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de), 15. November 2020.
- 2 Süddeutsche Zeitung (Christoph Hickmann und Cornelius Pollmer): Das leistet die Bundeswehr schon jetzt im Inland, [sueddeutsche.de](https://www.sueddeutsche.de), 03. August 2016.
- 3 Phoenix: corona nachgehakt - Welche Rolle spielt die Bundeswehr?, via [youtube.com](https://www.youtube.com), 04. Dezember 2020.
- 4 Bundesministerium der Verteidigung, Barbara Gantenbein: Corona-Krise: AKK besucht Unterstützungspersonal der Bundeswehr, [bmvg.de](https://www.bmvg.de), 23.04.2020.
- 5 Martin Kirsch: Die Bundeswehr und das Virus (II) Mitte März bis Mitte Mai 2020, in Ausdruck 2/2020, [imi-online.de](https://www.imi-online.de), Juni 2020.
- 6 Streitkräftebasis (Sebastian Grünberg): Amtshilfe Corona - Wochenrückblick des KdoTerrAufgBw, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de), 06.11.2020.
- 7 Beispielhaft: Sachsenforst: Auch 2020 - Soldaten gegen Borkenkäfer, [sachsen.de](https://www.sachsen.de), 08. Juni 2020.
- 8 Streitkräftebasis (Ralf Wilke): Bundeswehr kämpft gegen die Afrikanische Schweinepest, [bundeswehr.de](https://www.bundeswehr.de), 03. Dezember 2020.
- 9 Phoenix: corona nachgehakt, via [youtube.com](https://www.youtube.com), 04. Dezember 2020.
- 10 Thomas Wiegold: Coronavirus-Pandemie & Bundeswehr - Infektionen in der Truppe gleichbleibend, [augengeradeaus.net](https://www.augengeradeaus.net), 30. November 2020.
- 11 Thomas Wiegold: Coronavirus-Pandemie und Bundeswehr: Höchststand unter Soldaten, Flugbetrieb in Neuburg eingestellt, [augengeradeaus.net](https://www.augengeradeaus.net), 22. Oktober 2020.
- 12 Thomas Wiegold: Coronavirus-Pandemie & Bundeswehr: "Berlin" bleibt im Hafen, neue Infektions-Höchstzahl in der Truppe, [augengeradeaus.net](https://www.augengeradeaus.net), 27. Oktober 2020.
- 13 Thomas Wiegold: Coronavirus-Pandemie & Bundeswehr: Infektionen in der Truppe gleichbleibend, Auswirkungen auf Auslandseinsatz, immer mehr Amtshilfe, [augengeradeaus.net](https://www.augengeradeaus.net), 30. November 2020.
- 14 Ebd.
- 15 Bundeswehr im Einsatz: via twitter.com, 06. Dezember 2020.
- 16 Katharina Pfadenhauer (BR): Kontaktnachverfolger spricht von "katastrophalen" Zuständen, [br.de](https://www.br.de), 02. Dezember 2020.
- 17 General Eberhart Zorn: via twitter.com, 14. Oktober 2020.
- 18 Reuters: Bundeswehr soll bei Zwischenlagerung von Impfstoff helfen, [reuters.com](https://www.reuters.com), 10. November 2020.
- 19 bundeswehr-journal: Corona-Hilfe - Weitere 5000 Bundeswehrosoldaten zugesichert, [bundeswehr-journal.de](https://www.bundeswehr-journal.de), 15.11.2020.
- 20 Deutscher Bundeswehrverband: Corona-Impfstoffe werden zum Teil in Bundeswehr-Kasernen gelagert, [dbwv.de](https://www.dbwv.de), 10. Dezember 2020.
- 21 Thomas Wiegold: Coronavirus-Pandemie & Bundeswehr, 30. November 2020.
- 22 Ebd.

Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.**
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.

